

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.04.2024

Inhalt

EWN

1 Abgeschaltet! <i>Augsburger Allgemeine Augsburg, 15.04.2024</i>	3
2 Der Atommüll bleibt in Gundremmingen <i>Augsburger Allgemeine Augsburg, 13.04.2024</i>	5

Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 15.04.2024 | S. 6

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Fatima Abbas, dpa

Abgeschaltet!

Vor einem Jahr gingen die letzten Atommeiler in Deutschland vom Netz. Die Diskussion um den Ausstieg lässt sich jedoch nicht so leicht beenden. Die Diskrepanz zwischen Fakten und Wahrnehmung prägt die Debatte.

Berlin. Es liegt eine gewisse Müdigkeit in der Luft, denn eigentlich ist schon alles gesagt. Selbst Kanzler Olaf Scholz (SPD) sprach schon im Dezember von einem „toten Pferd“, das niemand mehr reiten sollte. Die Atommeiler in Deutschland sind seit einem Jahr abgeschaltet, das Land könnte die Sache endlich hinter sich lassen. Wären da nicht diese immer wiederkehrenden Diskussionen, diese Zweifel und Vorwürfe: Hätte es nicht auch einen anderen Weg gegeben? Gefährdet Deutschland mit dem Atomausstieg nicht die eigene Stromversorgung?

Fragen, die vor allem Politiker der Union, AfD und gelegentlich auch FDP immer wieder aufwerfen. Erst in dieser Woche hatte die Unionsfraktion erneut eine Aktuelle Stunde im Bundestag dazu beantragt. Der SPD-Abgeordnete Carsten Träger stand stöhnend am Rednerpult. Ja, er werde dazu noch einmal sprechen, auch wenn er die Debatte schon „zum 33. Mal“ geführt habe. Selbst Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), die sich sonst eher nüchtern äußert, reagiert regelrecht genervt und rügt eine „zunehmend realitätsferne Mythenbildung“ rund um die Atomkraft. Vor einem Jahr, am 15. April 2023, hatte Deutschland den Atomausstieg endgültig vollzogen und die letzten drei Meiler Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland abgeschaltet. Der Rückbau ist eingeleitet und kann bis zu 15 Jahre dauern.

Der Betrieb der Kernkraftwerke war auf den letzten Metern noch um ein paar Monate verlängert worden, um vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Ein Jahr danach sagt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne): „Die Versorgungssicherheit war zu jedem Zeitpunkt gesichert.“ Die Strompreise seien wieder deutlich gefallen, die CO₂-Emissionen würden zurückgehen. „Insofern muss man konstatieren, dass die Schwarzmalerei unnötig war“, betont Habeck. Auch auf dem Strommarkt hat sich seit dem Ausstieg einiges getan: Die durchschnittlichen Preise für Verbraucher sind laut dem Vergleichs-

portal Verivox um 17 Prozent gesunken. Während eine Familie mit einem Stromverbrauch von 4000 Kilowattstunden im April 2023 noch 1703 Euro für Strom zahlte, sind es aktuell 1412 Euro.

Alles prima also? Nicht ganz. Denn die Diskrepanz zwischen Fakten und Wahrnehmung, die die Atomdebatte bisweilen prägt, ist auch in der Bevölkerung zu spüren, wie die Verivox-Daten weiter zeigen. In einer aktuellen Umfrage im Auftrag des Vergleichsportals halten 51,6 Prozent der Teilnehmer den Atomausstieg rückblickend für einen Fehler. 28,4 Prozent finden das nicht. Ein Fünftel (20 Prozent) ist in dieser Frage unentschieden. Befragt wurden dazu in diesem Monat 1019 Personen im Alter von 18 bis 79 Jahren.

Was die Befragung auch zeigt: Es gibt nicht nur Vorbehalte gegen den Ausstieg, sondern auch eine große Zustimmung zur grundsätzlichen Transformation in der Stromversorgung. Stichwort erneuerbare Energien. Der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch stieg zuletzt von 46,2 Prozent im Jahr 2022 auf knapp 52 Prozent im vergangenen Jahr. Bis 2030 soll dieser Wert bei mindestens 80 Prozent liegen. Eine Studie von Greenpeace und Green Planet Energy kommt zum Schluss, dass Deutschland bis 2030 sogar unterm Strich einen Stromüberschuss haben und an andere Länder exportieren werde.

Derzeit sieht es noch etwas anders aus – was auch Ausstiegskritiker immer wieder anmerken: Deutschland hat 2023 erstmals seit 2006 wieder mehr Strom importiert als exportiert. Insgesamt waren das 11,8 Milliarden Kilowattstunden, zwei Prozent des Bruttostromverbrauchs, wie es aus Kreisen des Wirtschaftsministeriums heißt. Wären die drei letzten Atomkraftwerke noch am Netz, hätte Deutschland nicht importieren müssen.

Aus dem Ministerium ist dazu zu hören, dass dies aber sowohl höhere CO₂-Emissionen als auch höhere Stromrechnungen zur Folge gehabt hätte. Fakt ist:

Deutschland ist Teil eines europäischen Strommarkts. Den meisten Strom importiert das Land aus Dänemark und Norwegen, wo er überwiegend aus Windenergie und Wasserkraft gewonnen wird.

Was auch richtig ist: Nicht alle Nachbarländer sehen das Thema Atomkraft wie Deutschland. Aktuell werden in zwölf von 27 EU-Mitgliedstaaten Atommeiler betrieben, in der Slowakei und in Frankreich befinden

sich gar zwei neue Kernkraftwerke im Bau.

Und dann ist da auch noch die ungelöste Endlagerfrage. 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Müll gehören auch zur Bilanz von mehr als 60 Jahren Atomkraft in Deutschland. Mythen und Mutmaßungen lassen sich in der Theorie ewig weiterspinnen, das Müllproblem muss in der Praxis gelöst werden.

Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 13.04.2024 | S. 18

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Uli Bachmeier

Der Atommüll bleibt in Gundremmingen

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat auch die zweite Klage gegen das Zwischenlager auf dem ehemaligen Kernkraftwerksgelände abgewiesen. Die Lagerung sei „hinreichend sicher“. Die Genehmigung gilt bis 2046.

München/Gundremmingen. Kurz vor dem ersten Jahrestag des Atomausstiegs in Bayern haben Atomkraftgegner in Schwaben vor Gericht erneut eine Niederlage erlitten. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München hat die Klage von fünf Nachbarn gegen das Atommüll-Zwischenlager in Gundremmingen (Landkreis Günzburg) abgewiesen.

Die atomrechtlichen Genehmigungen für die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen auf dem ehemaligen Kraftwerksgelände, die vorerst bis zum Jahr 2046 gelten, müssen nicht aufgehoben werden, entschied das Gericht. Die Kläger reagieren enttäuscht. „Die Richterinnen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs haben die Megagefahren des Zwischenlagers Gundremmingen nicht wahrhaben wollen“, kommentiert Raimund Kamm, Vorstand des „FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e. V.“

Es waren nicht die ersten Klagen gegen das Zwischenlager in Schwaben, das den Gegnern als das strahlungsintensivste in ganz Deutschland gilt. Bereits im Jahr 2006 waren Kläger aus der Nachbarschaft nach der Einlagerung der ersten Castoren in Gundremmingen und den beiden anderen Zwischenlagern in Unterfranken und Niederbayern vor dem VGH gescheitert. Mittlerweile lagern in Gundremmingen 127 dieser Spezialbehälter zur Aufbewahrung von hoch radioaktivem Atommüll. Ausgelegt ist das Zwischenlager auf 192 Castoren.

Zur Begründung des neuen Urteils teilte der VGH am Freitag mit: „Nach Auffassung des Gerichts ist die erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen (zum Beispiel durch Störfälle im Lager, Materialermüdung) sowie der erforderliche Schutz gegen sogenannte Einwirkungen Dritter (zum Beispiel gezielte Angriffe von außen, etwa durch Flugzeugabstürze) auf das Zwischenlager hinreichend gewährleistet.“ Die Einlagerung der Kernbrennstoffe in den Castoren sei für die genehmigte La-

gerdauer von 40 Jahren hinreichend sicher.

Die Kritik der Kläger, das Lager sei nicht hinreichend gegen einen möglichen Flugzeugabsturz oder einen terroristischen Angriff geschützt, ließen die Richterinnen und Richter nicht gelten. Das Zwischenlager, so argumentieren sie, müsse nicht eigens gegen den zufälligen Absturz eines schnell fliegenden, mit Bomben bewaffneten Militärflugzeugs während eines Übungsflugs geschützt werden, weil ein solches Szenario extrem unwahrscheinlich sei. Militärische Übungsflüge mit „scharfen“ Bomben würden nur ganz ausnahmsweise und nicht in der Region des Zwischenlagers durchgeführt.

Die Hoffnung der Kläger, im zweiten Anlauf doch noch Recht zu bekommen, war bereits zu Beginn der Verhandlungen nicht groß. Wie Raimund Kamm vom FORUM unserer Redaktion sagte, sahen sich die fünf Kläger vor Gericht einem „Atom-Goliath“ gegenüber – bestehend aus mehr als 30 Vertretern, Anwälten und Sachverständigen der Bundesgesellschaft für Zwischenlager (BGZ), des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), des TÜV, des bayerischen Umweltministeriums sowie der Landesanwaltschaft. „Das war“, so Kamm, „tatsächlich wie David gegen Goliath – nur mit dem Unterschied, dass Goliath diesen Kampf noch einmal gewonnen hat.“ Außerdem sei schon in der mündlichen Verhandlung im Dezember vergangenen Jahres zu spüren gewesen, „dass zwei Richterinnen unsere Klage abweisen wollten“.

Mit ihren Argumenten jedenfalls drangen die Kläger nicht durch. Sie hatten auf die weltweit wachsende Gefahr überraschender Terrorangriffe ebenso hingewiesen wie auf die ihrer Meinung nach gegebenen Sicherheitslücken im internationalen Flugverkehr. Auch Angriffe von Hackern würden immer brisanter.

Der VGH dagegen stützt sein Urteil auf verschiedene Gutachten. In der Mitteilung heißt es: „Selbst bei Ein-

sturz des Lagergebäudes infolge eines absichtlich herbeigeführten Absturzes eines großen Verkehrsflugzeuges (zum Beispiel Airbus A380) würden die Castoren laut Gutachten den auftretenden mechanischen und thermischen Belastungen so weit standhalten, dass radioaktive Strahlung allenfalls in äußerst geringem Umfang austreten würde.“ Durch die ab 2014 umgesetzten baulichen Maßnahmen sei das Zwischenlager zudem so gut gegen das Eindringen von Personen geschützt, dass unmittelbare Angriffe auf die Castoren, etwa mit panzerbrechenden Waffen, bis zu dem Zeitpunkt ausgeschlossen seien, bis die Polizei vor Ort sei und ihrerseits gegen die Angreifer vorgehen könne.

Die Debatte über die Gefahren durch den Atommüll ist nach Ansicht der Grünen mit dem Urteil noch nicht beendet. Der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Martin Stümpfig, erklärte dazu am Freitag: „Es ist zu befürchten, dass mit dem Urteil die Probleme der Atommülllagerung jetzt erst recht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Die Gefahren durch Flugzeugabsturz und terroristische oder kriegerische

Angriffe steigen aber von Jahr zu Jahr.“

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) habe in den vergangenen sechs Jahren im Rahmen seiner Atomaufsicht keine Initiative gezeigt, sagte Stümpfig und forderte: „Wir brauchen eine ehrliche Debatte um die Gefahren der Zwischenlagerung. Insbesondere angesichts der Aussicht, dass die Zwischenlager noch viele Jahre bestehen werden.“

Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs fällt fast auf den Tag genau zusammen mit dem Jahrestag des Atomausstiegs in Bayern. Am 15. April 2023 wurde das Kernkraftwerk Isar 2 in Essenbach (Landkreis Landshut) vom Netz genommen. Ein Schritt, der weiterhin für Diskussionsstoff sorgt. Während CSU und Freie Wähler bis zuletzt für einen Weiterbetrieb plädiert hatten, sind die Grünen froh über das Aus und fordern von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) mehr Einsatz für den Ausbau erneuerbarer Energien. Klar ist jedenfalls: Hochgefahren werden kann der Meiler Isar 2 nicht mehr. Der Rückbau hat begonnen, wie eine Sprecherin des Betreibers PreussenElektra sagte. (mit dpa)